V. b. b. Zeitung vom Verlegr eversende „Journal expédite par l'éditeur"

1. Jahrgang - Nr. 23 · Preis 25 Groschen

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ

Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·— / Deutschland: vierteljährig RM. 2·— / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·— / Rumänien: vierteljährig Lei 100·— / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Österreichisches Postsparkassen-Konto B-11.035, Tschechoslowakisches Postsparkassen-Konto 501.540, Polnisches Postsparkassen-Konto Dr. Aron Goldin 27.765

Wien, Freitag, den 13. Oktober 1933
וינה, יום ו׳, כ״ג תשרי תרצ״ד

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40

Birjonim

p. h. Wien, 11. Oktober

In der krypto-assimilatorischen (lies: sozialistischen) Presse des »Zionismus« wird bald große Trauer herrschen. Die Kunde vom Zusammenbruch der Anklage gegen die »Birjonim«, die »revisionistischen Terroristen«, wird die verschiedenen Vertreter der »jüdischen Sittlichkeit« und des profitablen politischen Geschäftes im Angesicht einer jüdischen Tragödie zu den Trauerweiden der Freundschaftmit Palästinas Polizei locken, die ja gleichfalls beim Zusammenbruch der Anklage mit einem blauen Aug davonkommt. Die fromm-fröhliche Hetze, die schamloseste, perfideste, in ihrer Auswirkung gefährlichste seit dem Bestand der zionistischen Freiheitsbewegung, wird bald, sehr bald zum Stillstand kommen und einem Katzenjammer weichen, dem eine solche Gesellschaft, wie es die Führer um den sozialistischen »Zionismus« sind, nicht entrinnen durften.

Der Draht berichtet kurz und trocken, daß das Verfahren gegen die meisten jener palästinensischen Revisionisten, die man letzthin „Birjonim" nennt, eingestellt wurde, daß die anderen sich auf freiem Fuß befinden, und daß nur das Haupt der „Birjonim" Achi Meïr sich in Haft befindet, weil. . . . Lassen wir die Ereignisse Revue passieren. Es gab eine Bluttat gegen Arlosoroff. Die zionistische Welt stand vor ernsten Entscheidungen, vor dem Zionisten-Kongreß, vor der großen Auseinandersetzung mit England in der Frage des jüdischen Nationalheims, das über Nacht durch die Judentragödie in Deutschland zum Diskussionsproblem der gesitteten Welt wurde.

Vom Zionistenkongreß war zu befürchten, daß er der sozialistischen Herrschaft in Palästina ein Ende setzen werde, von der Auseinandersetzung mit England, daß es die Tore Palästinas für die unglücklichen, heimatlos gewordenen, in der Welt umherwandernden jüdischen Menschen weit werde öffnen müssen. Was Wunder, daß sich zwei in ihrem dunklen Drang Bedrängte ob gemeinsamer Gefahr zusammenfanden, und daß sie das Glück des jüdischen Unglücks, des Arlosoroff-Mordes, gemeinsam und um jeden Preis auszuwerten dachten. Die Sozialisten, die das Strafgericht des Kongresses fürchteten, die Engländer, die einen Druck der internationalen Welt vermeiden wollten, begannen auf der Linie des vermeintlich geringsten Widerstandes einen Gegendruck auszuüben. Sie stürzten sich auf das jüdisch-patrioische Element Palästinas, auf die Zionisten-Revisionisten. Die Zionisten-Revisionisten Palästinas mußten die Mörder Arlosoroffs sein, sie mußten eine Verschwörergesellschaft sein, gegen beide gerichtet: gegen die ad hoc hergestellte Heilige Alliance des »sozialistischen Aufbauelementes« im Lande und gegen die britische Verwaltungsmacht. So wurde rasch ein junger Revisionist, Stawsky, verhaftet, und ob des märchenhaft unwahrscheinlichen Beweismaterials, das gegen ihn vorlag, mit den Mitteln mittelalterlicher Inquisition nach irgend einem Anhaltspunkt zu vorläufiger Rechtfertigung einer Polizeianklage gesucht. Nach heißem gemeinsamen Bemühen der Polizei und der sozialistischen »Histadruth« gelang es den »Brith Habirjonim« zu entdecken, mit dessen ‚Geheimbündelei' sich zunächst für den politischen Pöbel-Staat machen ließ. Der abgefeimte »French-Bericht« wurde im Lärm und in der Verwirrung britischerseits durchgeschmuggelt, die Wahlen zum Zionistenkongreß durch die jüdischen Sozialisten Palästinäs »gewonnen« und Achi Meïr, die wundersame Gestalt eines jüdischen Patrioten rasch und kunstvoll für heute wenigstens diffamiert, als «mit dem Arlosoroff-Mord im Zusammenhang stehend«. Das Spiel mit dem »Brith Habirjonim« — das wusten sie — wird nicht lange aufrecht zu erhalten sein, das Spiel gegen Stawsky und Rosenblatt, wenn Achi-Meïr hineingezogen werden kann, etwas länger . . .

Nun, das Spiel gegen den »Brith Habirjonim« ist in der Tat aus. Das Spiel gegen Achi-Meïr, Stawsky und Rosenblatt geht noch eine Weile weiter. Es wird bald aus sein . . .

Es hat nichts genützt und wird nichts nützen. Der durchgeschmuggelte French-Plan und die andere britische Kontrebande, der „gewonnene Kongreß" und alle die anderen schönen Dinge, die sich seit der Tel Awiwer Tragödie gegen das Jüdische Volk begeben haben — sie sind nur eine Leidenstation mehr auf dem Weg zur jüdischen Befreiung.

Die Schwere dieses Weges wird aufgewogen von dem tröstlichen Bewustsein, daß es diese „Birjonim" geben kann. Denn ihre „Entdeckung" konnte zwar nicht die palästinensische Polizei, nicht die jüdischen Sozialisten restlos zufriedenstellen, wohl aber das wundgeschlagene jüdische Volk, dem die Polizei durch Veröffentlichung von „Dokumenten" die Kunde bringen konnte, daß es eine jüdische Jugend gibt, die zwar nicht den Terror, nicht den Mord, aber die restlose Hingabe an das jüdische Staatsideal kennt.

Völkerbund und Juden

Ein Flüchtlingsamt wird geschaffen

Genf, 8. Oktober. Die Zweite (Wirtschafts-) Kommission der Völkerbundsversammlung befaßte sich mit dem Bericht des Sonderausschusses für die Errichtung eines Amtes zum Schutze der Flüchtlinge aus Deutschland. Der Sonderausschuß beantragte die Ernennung eines Oberkommissars, dem dieselben Machtbefugnisse eingeräumt werden sollen, wie sie Professor Fritjoff Nansen bei den Hilfsaktionen für die russischen und armenischen Flüchtlinge besaß.

Gemäß diesem Antrag des Sonderausschusses sprach die Zweite Kommission der Völkerbundsversammlung den Grundsatz aus, daß das Problem der Flüchtlinge aus Deutschland im Wege der internationalen Zusammenarbeit gelöst und sofort erledigt werden müsse. Der Völkerbundsrat ernennt einen High Commissioner, den er mit der Verwaltung des Amtes zum Schutz der Flüchtlinge aus Deutschland betraut.

Im Sonderausschuß wurde auch schon über die Persönlichkeit des zu ernennenden Flüchtlingskommissars beraten. Es wurden die Namen Lord Cecil, Hoover, General Pershing (der die amerikanische Armee im europäischen Kriege befehligte), de Brockere (der belgische Delegierte bei den Abrüstungsverhandlungen) und schließlich Sir Austen Chamberlain genannt.

Rede Minister Benesch'

Die Aussprache in der Sechsten (politischen) Kommission des Völkerbundes über die deutsche Minderheiten- und Judenfrage fand einen der Höhepunkte in der Rede des Aussenministers der tschechoslowakischen Republik Dr. Edouard Benes, der erklärte, er beteilige sich an dieser Aussprache einerseits deshalb, weil er den intellektuellen, vom guten Willen der Teilnehmer durchpulsten Kampf liebe, ferner deshalb, weil er sich am Ende dieses Kampfes als Sieger fühle.

In der Frage der Juden, insbesondere ob sie eine Minderheit sind oder nicht, stellte Dr. Benes fest:

a) Sämtliche Minderheitenverträge, die über die Judenfrage handeln, betrachten die Juden als Rassen- und konfessionelle Minderheit.

b) Jede Aktion, die vom Völkerbundsrat oder von anderen Organen unternommen wurde und die Juden als Bürger dieses oder jenes europäischen Staates betrachtet, ist auf der rechtlichen und politischen Doktrin basiert, daß die Juden als Rassen- und konfessionelle Minderheit angesehen werden.

Schließlich stimmte Minister Dr. Benes den Erklärungen und Anträgen des schwedischen und des polnischen Delegierten hinsichtlich einer Verallgemeinerung der Verträge zum Schutze der Minderheiten zu und bezeichnete die Theorie des deutschen Delegierten von Keller von der ethnischen Volkszugehörigkeit der Juden, ohne daß Dr. v. Keller genau die praktischen, politischen und rechtlichen Folgen darlegte, als eine Verkehrung der Rechtskonzeption, auf welcher die gegenwärtigen Minderheitenverträge und die internationalen Beziehungen der Staaten zu den verschiedenen Nationalitäten basiert sind.

Reden anderer Staatsmänner

Der Vertreter Englands, Ormsby-Gore, erklärte, zur deutschen Delegation gewendet, in Großbritannien gäbe es Gruppen aller Arten und Rassen, die schwarze, blonde und rote Haare hätten, ohne daß in England die Doktrin zur Geltung käme, die heute in Deutschland das Staatsleben beherrscht. Das Regierungssystem lasse sich nicht an die Rasse anlehnen. Im britischen Reich dürfe es keinem Bürger verwehrt werden, diese oder jene Stelle zu bekleiden. Ormsby-Gore hob dann die großen Traditionen und die hohen Volkseigenschaften der Juden hervor und sagte: Disraeli war stolz auf seine jüdische Abkunft und nannte sich einen Protestanten jüdischer Rasse. Die Juden in allen Ländern haben Anspruch auf Rechtsgleichheit und faire Behandlung.

Der Delegierte Griechenlands, Politis, nahm sich ebenfalls der Juden an und fragte: Wenn die Juden in den osteuropäischen Staaten eine Minderheit darstellen, warum könnten sie dann nicht auch in Deutschland eine solche sein, der die primitivsten Freiheiten und bürgerlichen Rechte gesichert sein müßten?

Der Vertreter der Republik Haiti, Frangulis, erklärte, das Vorwort zum Palästinamandat des Völkerbundes verpflichte alle Staaten, die Juden gleichberechtigt zu behandeln.

Arlosoroff-Mord und arabische Terroristen

Jerusalem, 11. Oktober. ‹Spezialtelegramm des „Judenstaat"›.

Im Zusammenhang mit der Feststellung des Gerichtes, daß es eine arabische terroristische Organisation gibt, deren Ziel es ist, einen Mordterror auf Juden auszuüben, was durch Aussagen arabischer Angeklagter bestätigt wurde, sind vier arabische Scheichs verhaftet worden, darunter der Scheich Kalin Issa, welcher vor wenigen Tagen im Verfahren über den Mord auf den jüdischen Kolonisten in Nahalal Jakobi freigesprochen wurde. ‹Worüber wir an anderer Stelle berichten. A. d. R.›

Die Gerichtsbehörden haben Erhebungen nach allen Seiten aufgenommen, um sämtlichen Nestern dieser arabischen Terrororganisation auf die Spur zu kommen. Man will nämlich mit viel Berechtigung im Land wissen, daß von hier Spuren zum Morde an Arlosoroff führen.

Daß keine jüdische Hand, noch weniger eine revisionistische Hand mit der Ermordung Arlosoroffs in Verbindung zu bringen ist, weiß bereits nach dem gegenwärtigen Stand des Gerichtsverfahrens der verantwortliche Teil der palästinensischen jüdischen Gesellschaft. Man ist jedoch über das Ergebnis der „Erhebungen" der palästinensischen Polizei nach den bisherigen Erfahrungen sehr skeptisch. Die Polizei trägt heute schon schwer an ihrer Blamage und das sozialistische Spitzelwesen hat noch nicht abgerüstet.

Zusammenbruch der Anklage gegen die „Birjonim"

Jaffa, 8. Oktober. ‹J. T. A.› Sechs führende Mitglieder des Brith ha-Birjonim, Dr. Har-Ewen, Zwi Feinberg, Schlome Naaman, Victor Kipnis, Joseph Galili und Samuel Hofschan, wurden vom Kreisrichter Bodilly freigelassen, nachdem der Polizeianwalt, Inspektor Shitrit, erklärt hatte, daß das gegen die wegen Geheimbündelei und anderer politischer Vergehen Festgenommenen vorliegende Material nicht ausreicht, um eine Anklage gegen sie zu erheben. Kreisrichter Bodilly verfügte ferner noch die Freilassung von Elchanan Halprin, der nur deswegen festgenommen worden war, weil auf einer beschlagnahmten Liste der Name Elchanan vorkam, Bodilly meinte, es könne sich um einen anderen Elchanan handeln. Die Haftentlassenen wurden von ihren Freunden im Triumph aus dem Gericht geführt.

Sieben führende Birjonim, unter ihnen Aba Achi Meïr und Dr. Levin, wurden zunächst in Haft behalten, wobei angekündigt wurde, daß gegen sie vor dem Distriktsgericht verhandelt werden wird. Später wurden sechs von ihnen gegen Kaution freigelassen, nur Achi Meïr blieb in Haft, da er Mitbeschuldigter im Mordfall Arlosoroff ist.

Die Jom Kippur-Tradition der Palästina-Polizei

Jerusalem, 9. Oktober. Aron Zuckermann aus Tel-Awiw, der nach dem Neila Gebet bei der Klagemauer Schofer geblasen hatte, (siehe letzte Nummer des „Judenstaat") stand vor Gericht unter der Beschuldigung, die bei der Klagemauer einzuhaltenden Vorschriften verletzt zu haben. Zuckermann wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Ein anderer Revisionist M. Nissenbaum wurde wegen Widersetzlichkeit gegen die Polizei, da er die Arretierung Zuckermanns nach der Tat vor der Klagemauer verhindern wollte, zu einer Geldstrafe von 5 Pfund oder zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Da er erklärte nicht im Besitze dieses Betrages zu sein, wird er die Strafe im Gefängnis absitzen müssen. Das Gericht bestand aus einem jüdischen und einem arabischen Richter.

Arabischer Generalstreik?

London, 9. Oktober. „Daily Herald" teilt aus russischen Quellen mit, daß die Araber Palästinas für Freitag, den 13. Oktober einen Generalstreik planen, um gegen das Anwachsen der jüdischen Einwanderung nach Palästina zu protestieren.

Konstituierung der Palästina-Exekutive

Die Exekutive der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency in Palästina hielt soeben eine längere Sitzung ab, in der die Konstituierung und die Verteilung der Aemter vorgenommen wurde.

Zum Vorsitzenden der Palästinaexekutive wurde Dr. Arthur Ruppin bestimmt. Das politische Departement leitet Ben Gurion ,er wird hierin vom Mitglied der Exekutive Mosche Shertok unterstützt.

Die Palästina-Sektion des vom Kongreß an Dr. Weizmann übertragenen neuen Amtes für Ansiedlung deutscher Juden wird von Dr. Ruppin geleitet, der hierin von Dr. Werner Senator unterstützt wird.

Im übrigen wurden die Aemter wie folgt verteilt: Das Kolonisationsdepartement leitet Ruppin, das Schatzamt Dr. Maurice B. Hexter, der gleichzeitig auch die Wirtschaftsangelegenheiten, einschließlich Handel und Industrie, verwalten wird. Zum Leiter des Departements für Mittelstandssiedlung wurde Elieser Kaplan bestimmt. Das Departement für Einwanderung leitet Jizchak Grünbaum. Bis zum Eintreffen Grünbaums in Palästina verwaltet dieses Amt Dr. Werner Senator.

Frankreich für internationale Regelung der jüdischen Emigration

Paris, 8. Oktober Innenminister Chautemps hatte eine längere Unterredung mit dem Außenminister Paul-Boncour. Wie amtlich mitgeteilt wird, drehte sich die Unterhaltung um die internationale Regelung der jüdischen Emigration.

Aus Deutschland:

Die Situation

Berlin, 8. Oktober (JTA). Mit dem 30. September sind die letzten jüdischen Aerzte aus dem Berliner Rettungswesen ausgeschieden.

Die Zeitungen zollen der Stadt Marburg Lob, weil es dort heute keinen jüdischen Advokaten mehr gibt. Ein jüdischer Advokat war als Kriegsteilnehmer zugelassen, nachträglich wurde ihm aus unbekannten Gründen die weitere Advokaturtätigkeit verboten.

Das Magistrat der Stadt Kassel beschloß, jüdischen Händlern keinen Zutritt mehr zu den städtischen Märkten und Messen zu gewähren.

Wie Reuter aus Dortmund meldet, dürfen dort Arier nicht mehr mit Juden speisen. Die Polizei kündigte an, sie werde arische Männer und Frauen, die in Restaurants in Gesellschaft von Juden und Jüdinnen angetroffen werden, verhaften, um ihnen den «Ernst ihres Verstosses gegen die Ehre der germanischen Rasse» darzutun.

In einigen Provinzstädten, vor allem in Ostpreußen, geht man dazu über, Juden den Besitz von Autos behördlicherseits zu verbieten, während für Gas und Elektrizität an Juden Rechnungen in doppelter Höhe der normalen Tarife geschickt werden.

Ausscheiden der Jüdischen Kriegsteilnehmer aus den deutschen Kriegervereinen

Berlin, 8. Oktober (JTA). Im amtlichen Teil des Bundesorgans des deutschen Reichskriegsbundes «Kyffhäuser» ist der Wortlaut der Führeranordnung des Bundespräsidenten erschienen, derzufolge die jüdischen Kriegsteilnehmer den Kriegervereinen nicht mehr angehören dürfen. Die betreffende Stelle lautet: 1. Nichtarier. — Ich bestimme, daß Nichtarier den Kriegervereinen nicht mehr angehören dürfen. Um jede entehrende Form des Ausscheidens zu vermeiden, ist den Betreffenden der freiwillige Austritt und Uebertritt zum Bund jüdischer Frontsoldaten nahezulegen. Die Anordnung muß bis 1. November d. J. durchgeführt sein.

Handwerkerwoche ohne Juden

Berlin, 8. Oktober (JTA). Vom 15. bis 21. Oktober findet in ganz Deutschland eine Handwerker-Werbewoche statt. Obwohl den Innungen zahlreiche Juden angehören, wurde beschlossen, jüdische Handwerker von der Teilnahme auszuschließen.

Das Werk der „Palästine Publishing Company"

Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, konnte die finanzielle Beteiligung einer Reihe öffentlicher Institutionen und Verlagshäuser an der im August dieses Jahres in England eingetragenen «Palestine Publishing Company Ltd.» gesichert werden, einer neuen großen Druck- und Verlagsanstalt für Palästina, die die Herausgabe von Werken jüdischer Gelehrter und Schriftsteller besorgen will, hauptsächlich solcher, die genötigt waren, Deutschland zu verlassen.

Arabische Terroristen zum Tode verurteilt

Von den fünf Arabern, die des Mordes, beziehungsweise der Teilnahme am Morde an dem jüdischen Kolonisten Joseph Jacobi und seinem zehnjährigen Sohn in Nahalal angeklagt waren, wurden vom Haifäer Kreisgericht zwei als der Mordtat überführt zum Tode verurteilt, zwei wurden wegen unzureichender Beweise, einer wegen nachgewiesener Unschuld freigesprochen. Der Witwe Joseph Jacobis wurde eine Entschädigung von 400 Pfund zugesprochen.

Der Prozeß wurde in ganz Palästina mit stärkstem Interesse verfolgt. Die Angeklagten, die zum Teil geständig waren, erklärten, sie hätten aus politischen Beweggründen gehandelt; dadurch hofften sie auf ein milderes Urteil. In der Tat wurde ihnen durch die von der Anklageseite geführten Zeugen Mustafa Ali und Toha Achmed Toha, letzterer Beamter der Irak Petroleum Company, nachgewiesen, daß sie einer arabischen Terrororganisation angehören, deren Ziel es ist, Mordanschläge auf Juden zu machen. Das Zentrum dieser Organisation wurde erst kürzlich von der Polizei in Saffouri in der Nähe von Nazareth ausgehoben. Man fand dort eine Liste der zu tötenden jüdischen Perönlichkeiten, in der auch der Name des Präsidenten der Jüdischen Gemeinde von Haifa, M. G. Lewin, verzeichnet war. Die Terrororganisation wurde 1932 von Führern der Gesellschaft junger moslemitischer Männer gegründet und zählte 90 Mitglieder.

Das Gericht erklärte in der Urteilsbegründung, die Mörder seien nicht als politische Attentäter, sondern als gemeine Verbrecher zu betrachten, da festgestellt wurde, daß ihre Organisation Bombenattentate zur Ermordung von Juden ohne jede politische Richtung plante. Auch der Mord an Joseph Jacobi und seinem Sohn in Nahalal geschah durch Bombenwurf in das Haus des Kolonisten.

Konferenz für Hilfe an die deutsche Judenheit

London, 8. Oktober. Im Namen des Joint Foreign Committee (englisch-jüdisches Komitee für auswärtige Angelegenheiten), der Alliance Israélite Universelle in Paris, des American Jewish Congress in New York und des Comité des Délégations Juives in Paris haben die Herren Neville Laski und Leonard Montefiore Einladungen an alle repräsentativen jüdischen Institutionen der ganzen Welt ergehen lassen, Vertreter an einer am 29. Oktober im Hause des Jewish Board of Deputies in London beginnenden Konferenz zu entsenden, die der Beratung über das Schicksal der deutschen Juden gewidmet sein wird. Die erste Sitzung wird öffentlich sein und einen repräsentativen Charakter tragen, die weiteren Sitzungen werden vertraulich und rein sachlichen Beratungen gewidmet sein.

Es sollen folgende Kommissionen ernannt werden:

1. Eine Palästinakommission, die Vorschläge für Seßhaftmachung deutscher Juden in Palästina auszuarbeiten haben wird; 2. Eine Wirtschaftskommission zur Beratung allgemeiner Hilfsmaßnahmen für die deutschen Juden. Dieser Kommission werden vier Unterkommissionen angeschlossen sein: eine für Wiederaufbauarbeit in Deutschland selbst, eine für Regelung der Auswanderung, eine für Hilfeleistung an die Ausgewanderten, eine zur Beratung der Finanzierungsfrage; 3. Eine akademische Kommission zur Unterbringung und Versorgung brotlos gemachter und vertriebener jüdischer Akademiker.

Die offizielle Bezeichnung der Konferenz lautet: Konferenz für Hilfe an die deutsche Judenheit.

Die offizielle Einwanderzahl für Juli

Wie soeben vom Einwanderungsamt der Regierung mitgeteilt wird, sind im Monat Juli 1933 in Palästina 2807 Personen eingewandert, davon waren 2703 Juden. Unter den eingewanderten Juden waren 437 Personen mit eigenem Vermögen (Kapitalisten).

Palästina-Wirtschaft

Regierungsvoranschlag für 1933 bis 1934

Der Regierungsetat für das Haushaltsjahr bis 31. März 1934 schließt ab, mit einer Summe von 3,168.418 Pfund. Diese Ausgabensumme zerfällt in folgende Positionen: Pensionen 22.000 Pfund, öffentliche Schulden 127.199 Pfund, High Commissioner 8.767 Pfund, Sekretariat 24.331, Bezirksverwaltung 100.042, Untersuchungsabteilung 10.565 Pfund, Gerichtsabteilung 93.304 Pfund, Kasse 16.327 Pfund, Rechnungsabteilung 12.500 Pfund, Zoll, Akzisen, Handel 93.190, Gesundheitsabteilung 137.657 Pfund, Erziehungswesen 185.054, Landwirtschafts- und Forstabteilung 116.657 Pfund, Abteilung für Altertümer 7.888 Pfund, Abteilung für Bodenfragen und Landvermessungen 269.787, Polizei und Gefängnisse 505.951 Pfund, Immigrationsabteilung 20.625 Pf., Grenzpolizeicorps 184.553 Pfund, Sicherheitswesen 139.000 Pfund, Post- und Telegraph 176.381, öffentliche Arbeiten 50.511 Pfund, und sonst noch verschiedene Positionen. Dabei ist zu beachten, daß der größte Posten der Posten für Sicherheitswesen und Gefängnisse ist.

Nr 15

———

5 Millionen Kisten Zitrusfrüchte

Im Jahre 1933 hat die Zitrusernte die Zahl von fünf Millionen Kisten erreicht. Davon wurden 4,483.401 Kisten nach dem Auslande geschickt: das übrige wurde in Palästina und den Nachbarländern als Abfallfrucht verkauft. Die Einnahmen aus dem Verkauf stiegen auf 1,850.000 Pfund. 55% der Einnahmen und der Produktion entfallen auf Juden. Die 4.483.401 Kisten, welche ins Ausland exportiert wurden zerfallen in folgende Sorten: 4,205.561 Kisten Orangen, 256.258 Kisten Grape-Fruit, 17.103 Kisten Zitronen, 389 Kisten Pomela, 89 Kisten Mandarinen. Die Ausfuhr erfolgte nach folgenden Ländern: England = 3,191.348 Kisten, Deutschland = 807.929 Kisten, Holland = 102.434 Kisten, Frankreich = 31.752 Kisten, Skandinavinische Länder = 147.330, Mitteleuropa = 53.674, Rußland und Türkei = 6.502, Rumänien = 79.190 Kisten, Bulgarien und Griechenland = 10.194 Kisten, Nachbarländer Palästinas = 4.758 Kisten, Kanada =35.099 Kisten, Indien und Ferner Osten = 13.126 Kisten, U. S. A. und Südafrika = 65 Kisten.

———

Der Kapitalszufluß

Die Jewish Agency hat ein Buch über «Die Struktur der Immigration und des Kapitalimportes nach Palästina» herausgegeben. Aus diesem Buche ergibt sich ein Ueberblick über die Immigration und die Entwicklung des jüdischen Aufbauwerkes im Lande von 1926 bis August 1933.

Man sieht aus diesem Buch, daß die jüdische Industrie sich bis zur Hälfte des Jahres 1933 stark entwickelt hat. Die Zahl der Betriebe ist von 2475 bis auf 3150 gestiegen; das investierte Kapital hat sich von 2,235.000 Pfund auf 4,630.000 Pfund erhöht. Die Zahl der Arbeiter hat sich von 10.968 auf 16.900 vergrößert. Der Wert der Produktion ist von 2,510.000 Pfund auf 3,580.000 angewachsen.

In der Zeit von 1926 bis Hälfte 1933 sind 553 Kapitalisten ins Land gekommen, welche mit sich einen Betrag von 2,080.918 brachten. Hiervon kamen 146 Personen aus den Vereinigten Staaten mit einem Kapital von 372.210 Pfund und 37 Personen aus Polen mit 513.600 Pfund. In den drei Jahren von 1926 bis 1929 kamen 214 Personen mit nur 718.850 Pfund. Interessant ist die Art der Beschäftigung dieser Einwanderer. 185 Leute mit einem Kapital von 874.115 Pfund haben ihr Geld in Plantagen investiert; 38 Personen mit 737.800 Pfund haben ihr Geld in Plantagen und anderen Geschäften eingelegt. 86 Personen mit 368.060 Pfund wurden Hausbesitzer; 51 — mit 109.930 — wurden Industrielle; 51—mit 115.515 wurden Kaufleute; 19—mit 24.305 Pfund haben einen freien Beruf ergriffen, außerdem sind 13 Personen mit einem Besitz von 11.490 Pfund als Büroangestellte tätig.

———

Der Italo-Palästinensische Handel

«Doar Hajom» veröffentlicht ein Interview mit einem Direktor der Handelskammer Italien—Palästina, welche erst vor kurzem in Jerusalem gegründet wurde. Hieraus ist zu ersehen, daß Italien im Jahre 1932 Waren im Werte von 250.000 Pfund nach Palästina exportiert hat. Der Import aus Palästina betrug 17.000 Pfund. Die Aussichten zu einer Erhöhung dieser Umsätze scheinen gegeben. Insbesondere wird Italien die Einfuhr chemischer Waren, pharmazeutischer Artikel, Autos, Manufakturwaren pflegen. Umgekehrt will man aus Palästina Grape-Fruit, Verschnittweine als Zusatz für italienische Weine, Asphalt und Produkte der Ashlag-Geselschaft (Potash Company) usw. einführen. Eine bedeutende Rolle in der Pflege der gegenseitigen Handelsbeziehungen spielt die «Banca di Roma», eine der vier größten Banken Palästinas.

———

Handelsbeziehungen mit Deutschland

Der Export aus Palästina nach Deutschland hat während der ersten sechs Monate des Jahres die Summe von RM. 5,200.000 erreicht. Gegenüber der gleichen Zeit des vergangenen Jahres bedeutet dies eine Erhöhung um eine halbe Million Reichsmark. Der Export Deutschlands nach Palästina ist in der gleichen Zeit auf fünf Millionen Reichsmark gestiegen, d. i. das doppelte des Jahres 1932.

———

Neue Hypothekengelder

Die Leitung der Bank «Serubabel» (Zentralbank der Kooperativen) hat neuerlich einen Betrag von 13.700 Pfund für folgende Anleihen bewilligt: landwirtschaftliche Anleihe, Kasse Rechoboth 5.000 Pfund; Anleihe und Sparkasse Sichron Jaakob 2.000 Pfund; Anleihe und Sparkasse Magdiel 2.700 Pfund; Anleihe und Sparkasse Rischon l'Zion 4.000 Pfund; zusammen = 13.700 Pfund. Mit dem Betrag von 16.000 Pfund, welcher auf der vorigen Sitzung des Bankausschusses bestätigt worden ist, (Petach Tikwah und Ramath Gan) erreicht die Summe der Sonderanleihe hiermit 29.700 Pfund.

———

Ein neues Bankengesetz

Die Regierung beabsichtigt den Erlaß eines neuen Gesetzes, worin die Möglichkeit zur Gründung neuer Banken stark beschränkt werden sollen. Auf bestehende Banken wird dieses Gesetz keine Anwendung finden. Die Einwanderungskonjunktur hat zu einer übergroßen Neugründung kleiner und kleinster Banken geführt, sodaß dieses Gesetz erforderlich erscheint.

Der Import von Landwirtschaftsprodukten

In landwirtschaftlichen Kreisen erregt die Feststellung starkes Aufssehen, daß bis heute immer noch landwirtschaftliche Produkte in großem Werte vom Ausland eingeführt werden. Die Statistik ergibt, daß unter anderem folgendes eingeführt wird: Arbeitsvieh, Schlachtvieh, Kühe—340.000 Pfund (in runden Zahlen); Getreide und Getreideprodukte 286.000 Pfund; Früchte und Gemüse (konserviert und frisch) 111.000 Pfund; Milchprodukte 112.000 Pfund; diverse Oele 61.000 Pfund; Kartoffel, Zwiebel und Knoblauch 53..000 Pfund; Fleisch (Frisches und Gefrierfleisch) 43.000 Pfund; Wein, Cognac, Whisky 19.000 Pfund; Eier 18.000 Pfund; Tabak und Tabakfabrikate 50.000 Pfund, zusammen 1,093.000 Pfund. Wenn man außerdem Zucker für 131.000 Pfund und Bier mit 24.000 Pfund hinzurechnet, so ergibt sich dabei der Umstand, daß der größte Teil dieser Einfuhr aus Nachbarländern Palästinas kommt, wo die Bodenverhältnisse dem Boden Palästinas ähnlich sind. Man meint, daß es nur einer gewissen Initiative bedürfe, um einen großen Teil dieser Produkte in Palästina zu erzeugen.

Weintraubenausstellung

Am 17. September wurde in Hebron die alljährliche Weintraubenausstellung eröffnet. Bei der Eröffnung waren u. a. anwesend: der Leiter des Landwirtschaftsdepartement, der stellvertretende Kommissar des Jerusalemer Bezirkes. Die besten Produkte wurden prämiert.

Der Justizskandal in neuer Phase

Stavsky vrteidigt sich

Jaffa, 8. Oktober (JTA). Das Verhör im Verfahren gegen die des Mordes bzw., der Anstiftung zum Morde an Dr. Chaim Arlosoroff beschuldigten Abraham Stawsky, Zwi Rosenblatt und Abba Achi Meir wurde in diesen Tagen fortgesetzt. Das Verhör leitete Hauptpolizeirichter Bodilly. Inspektor Shitrit brachte vor, daß die von dem vor einem Monat an einem Herzschlag verstorbenen Jerusalemer Hotelbesitzer Raphael Turjeman gemachten Bekundungen, daß Stawsky in der Mordnacht in seinem Hotel übernachtet hat, Bekundungen, die Turjeman übrigens in späteren Erklärungen abschwächte, nicht als Beweismaterial für eine gerichtliche Verhandlung dienen können, da erstens diese Aussagen nicht beschworen wurden und zweitens Turjeman nicht mehr in ein Kreuzverhör gezogen werden kann.

Gegen diese Erklärung wandte sich Stawsky sehr heftig. Er betonte, die seinerzeitigen Bekundungen Turjemans hätten sein, Stawskys, Alibi erbracht. Stawsky erklärte weiters, Frau Arlosoroff sei keineswegs in der Lage gewesen, ihm oder jemand anderen zu identifizieren.

Aus der Verlesung der Bekundungen Turjemans ging hervor, daß dieser zuerst erklärte, Stawsky sei bestimmt der Mann, der am Freitag, den 16. Juni, 8 Uhr abends, im Hotelzimmer Nr. 5 sein Bett aufsuchte und bis Sonnabend morgen 6.30 Uhr, als er, Turjeman, in die Synagoge ging, dort geblieben war. In der zweiten Aussage konnte er seine Bekundung nicht ganz aufrechterhalten. Turjeman hatte bekundet, daß zwei Arbeiter aus Tel-Aviv, Moses Mandelbaum und Jacob Friedmann, in derselben Nacht auf Zimmer 5 genachtet hatten, aber am Sonnabend morgen traf er einen arabischen Chauffeur, den er im Zimmer 7 untergebracht hatte, auf dem vierten Bett in Zimmer 5 sitzend. Während seitens der Verteidigung Mandelbaum und Friedmann zum Alibi-Nachweis geführt werden, fehlt ein wesentliches Bindeglied, nämlich jener arabische Chauffeur, dessen Name unbekannt ist. Turjeman sagte noch, er habe Stawskys Haar nicht sehen können, da er, eine Kappe auf dem Kopf, auf dem Bett ausgestreckt lag und eine Zeitung über das Gesicht gebreitet hatte.

Das Verhör wird am 6., 9. und 10. Oktober fortgeführt werden. Stawsky hat sich 70 Fragen notiert, die er dem Polizeianwalt stellen will und die sein Alibi betreffen. Er hat bereits der Polizei einen schriftlichen Bericht im Umfang von 51 Folioseiten übergeben, in dem er detailliert alle seine Gänge am Freitag, da er nach Jerusalem ging, um sich ein Visum für Polen zu beschaffen, schildert. Um 6 Uhr morgens habe er Tel-Aviv verlassen, um 8.30 Uhr abends habe er Turjemans Herberge in Jerusalem aufgesucht, wo er die ganze Nacht schlief und erst am Sonnabend, 9 Uhr vormittags, erwachte. Am Sonnabend besuchte er wiederum verschiedene Konsulate zur Beschaffung von Transitvisen. Den Umstand, daß er die Gebühren, die er für ein Palästinarückreisevisum eingezahlt hatte, zurückverlangte, erklärte er damit, daß ihm die 160 Mil für die Rückreise nach Tel-Aviv fehlten. (Im Einwanderungsamt, wo Stawsky die Summe für das Rückreisevisum zurückverlangte, wurde er von einem jüdischen Angestellten als derjenige erkannt, auf den die Beschreibung des Mörders durch Frau Arlosoroff paßte). Am Sonnabend, 12 Uhr mittags, erklärt Stawsky in seiner Schrift weiter, sei er in Turjemans Herberge zurückgekehrt. Da hatte ihn die Frau Turjemans gefragt, ob er wisse, wer den Mord an dem «großen Zionisten in Tel-Aviv» begangen hat. Das war das erstemal, daß er, Stawsky, von dem Mord an Arlosoroff gehört hatte. Er war sehr bestürzt, ging in die Wohnung des Anwalts Avniely, Mitglieds des Revisionistischen Zentralkomitees, wo er Dr. Yevin, Steimatzky, Achi Meir und andere traf. Er, Stawsky, sagte zu ihnen: Der Mord sei ein schwerer Schlag für die Nation und «für uns Revisionisten». Er glaubte, es handele sich um einen kommunistischen Anschlag mit dem Zweck, die Kluft zwischen den Arbeiterparteilern und den Revisionisten zu erweitern, um so den Fortschritt der Arbeit in Palästina zu hemmen.

Auch der zweite Angeklagte, Rosenblatt, versucht, ein Alibi dadurch zu erbringen, daß er erklärt, er habe Kfar Saba am Mordabend nicht verlassen, er habe die Nacht in einem Zelt mit seiner Freundin Zipora (Fania) Dingold verbracht. Wie es heißt, hat sich Fräulein Dingold bereit erklärt, vor Gericht die Aussage Rosenblatts zu bestätigen.

Polizeiinspektor muß zugeben...

Jaffa, 8. Oktober (JTA). Das Jaffaer Kreisgericht hat am 6. Oktober das Verhör mit Abraham Stawsky, Zwi Rosenblatt und Aba Achi Meir fortgesetzt. Stawsky verharrte weiterhin bei seinem Standpunkt, daß seine Unschuld bereits erwiesen sei, und forderte nach dem Beispiel des Leipziger Reichstagsbrandprozesses und des Londoner Gegenprozesses, daß auch für ihn und die Mitangeklagten gleichzeitig mit dem offiziellen Prozeß ein Gegenprozeß durchgeführt werde. Der Polizeiinspektor Shitrit, von Stawsky ins Kreuzverhör gezogen, gab zu, daß nicht bewiesen sei, daß Stawsky nach dem Morde auf dem Wege nach Jerusalem gesehen worden sei, dafür aber seien Beweise dafür vorhanden, daß Stawsky in der Mordnacht in Tel-Aviv gesehen worden ist. Stawsky protestierte erregt gegen diese Behauptung. Er weigerte sich, an dem weiteren Verhör teilzunehmen, als der Polizeirichter Bodilly eine Anzahl seiner weiteren Fragen nicht zuließ.

Auch Rosenblatt und Achi Meir zogen Shitrit ins Kreuzverhör. Achi Meir verlas Auszüge aus seinen Schriften, in denen er den Terror verurteilt und für Befriedung des innerjüdischen Streites eintritt.

———

Mosche Friedmann: (Tel Awiw)

Die Diktatur der „Histadruth"

Der Verfasser der nachstehenden systematischen Zusammenfassung der sozialistischen Sünden in Palästina ist kein Revisionist, sondern einer jener palästinensischen Bürger, die nach jahrelanger aufopfernder Arbeit für das jüdische Land dessen Entwicklung und dessen Bedürfnisse aus dem Grunde kennen. Der erste Aufsatz erschien in unserer vorhergehenden Nummer.

Das Arbeitsmonopol

Grausamer noch wirkt sich die Diktatur der Linken auf den Arbeiter als auf den Arbeitgeber aus. Da die sozialistische Leitung vorläufig noch über keine Institution verfügt, wie sie die sowjetistische G. P. U. darstellt, die die Widerspenstigen bestrafen könnte (die Denunziationen gegen revisionistische Arbeiter im Zusammenhang mit der bekannten Blut-Verleumdung, die viele unschuldige nationale Arbeiter in den Kerker brachte, ist ein frommer Versuch, eine G. P. U. zu schaffen), so muß das in ihren Händen befindliche Arbeitsbüro eine solche Funktion ausüben.

Ueberall sonst tragen Arbeitsbüros neutralen Charakter, stehen unter Oberaufsicht der Regierung und sind dazu verhalten, jedem Arbeitssuchenden Arbeit zuzuweisen, gleichgiltig, ob dieser irgend einer Partei oder einem Verband angehört. Hier in Palästina aber, haben sich die Linken das Recht der Arbeitsverteilung angeeignet. Wer Arbeit finden will, muß in ihre Aemter kommen, die im Grunde sozialistische Parteiämter sind. Natürlich wird vor allen Dingen den eigenen Genossen Arbeit zugeteilt. So befindet sich in ihrer Hand die Waffe, mittels derer sie den Arbeiter beherrschen, denn ein Arbeiter, der kein Mitglied der „Histadruth" ist und der sozialistischen Partei nicht angehört, verliert das Recht auf Brot und Existenz im Lande. In den Kreisen der „Histadruth" ist so mancher zu finden, der seine wahre Meinung verbirgt aus Angst, sein Brot zu verlieren.

Der Kampf, den die „Histadruth" gegen andere Verbände führt, insbesondere gegen die revisionistische Arbeiterorganisation, hat vor allen Dingen den Zweck, der sozialistischen „Histadruth" das Monopol auf das Arbeitsrecht zu erhalten. Ein großer Teil der Streiks in den letzten Jahren hatten zum Hauptgrund das Bemühen der „Histadruth", jene Arbeiter zu vertreiben, die „nicht organisiert" sind, d. h. die nationalen Arbeiter, die sich nicht in ihren Reihen befinden. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in anderen Ländern Streiks von den Arbeitgebern verursacht werden, in Palästina aber dadurch daß vom Arbeitgeber die Entlassung von Arbeitern verlangt wird. So war es bei Frumins Fabrik, wo der Streik ausbrach, als eine revisionistische Arbeiterin eingestellt wurde. Das gleiche beim Baustreik in Petach Tikwah und anderswo.

Und wenn es bei der Bauarbeit und anderen „freien" Arbeiten schließlich gelungen ist, der Histadruth nicht angehörende Arbeiter zu beschäftigen, so ist aber in der Fabrik, d. h. bei der Bauarbeit, dieser Zustand noch nicht erreicht. Hier herrscht bis auf den heutigen Tag das Monopol der Linken.

Es gibt sehr wenig Fabriken, in die nach schwerem Kampf auch nichtsozialistische Arbeiter eindringen konnten, so daß es kein Wunder ist, wenn die Masse der Arbeiter immer noch von der Histadruth nachgeschleppt wird, und ihr Treue schwört; ihr Stück Brot hängt von diesem Treuschwur ab, denn die Beamten der Histadruth haben ihre Existenzmöglichkeit in der Hand.

Alle Versuche, ein neutrales Arbeitsamt zu schaffen, stossen auf die Gegnerschaft der „Histadruth"-Beamten. Diese wissen sehr wohl, daß sie die Herrschaft über die Arbeiter verlieren, daß die Arbeiterschaft sich von ihnen abwendet, wenn das Recht der Arbeitsverteilung nicht mehr ihnen zusteht, wenn alle anderen Arbeiter das gleiche Recht auf Arbeit und Brot im Lande haben. Deshalb halten sie die grausame Waffe des Arbeitsbüros fest in ihrer Hand.

Das Monopol in anderen Wirtschaftszweigen

Aber nicht nur auf dem Gebiet des Baues und der Industrie besitzen die Linken ein Monopol. Sie bemühen sich in nicht geringerem Masse auch andere Lebenszweige des Landes in ihr Netz einzufangen, kraft der Geldmittel, die sie besitzen, der Organisiertheit ihres Apparates und der Autorität als angeblich „einziger Verwirklicher des Zionismus." In Tel-Awiw ist das weniger fühlbar, dafür umsomehr in jenen Orten, wo die Linken sehr stark sind, wie in Jerusalem und Haifa. Ihre kooperativen Gastwirtschaften konkurrieren mit den privaten und vernichten diesen wichtigen Erwerbszweig. Ihre Bedarfsartikelläden nehmen den privaten Krämern den Erwerb. Ueberdies verdrängen sie den jüdischen „kleinen Mann" durch die Verringerung der Erwerbsmöglichkeit, was zur Verringerung der Einwanderung führt. Die „Histadruth", deren ganzes Vermögen aus dem Geld des kleinen Mannes stammt, vom Menschen des Mittelstandes, vom Kaufmann, Händler, Handwerker, der sich es vom Munde absparte, um die Fonde zu unterstützen, diese „Histadruth" ist in eine Kraft verwandelt worden, die im Lande einen Kampf führt, der dem kleinen Mann die Existenz raubt, den Erwerb unterbindet. Die „Histadruth" übt allerlei Handelsberufe aus, genau so wie jeder andere Handelsmann. In Haifa z. B. wird auf vom Nationalfonds erworbenen Boden ein Theater errichtet, zu — Handelszwecken. In Jerusalem ist sie die einzige, die aus Mitteln des Nationalfonds in den Besitz eines riesigen Platzes im Zentrum der Stadt gelangt ist, wo sie das Haus des „Moazah" (Rat) errichtete, wo doch der Nationalfonds im allgemeinen, keinen Boden bei Juden kauft.

Der ökonomische Apparat der „Histadruth" ist ungemein groß. Es ist schwer, das Riesenvermögen einzuschätzen, das der sozialistische Apparat besitzt. Zieht man seine Banken in Betracht, seine Leihkassen, seine Presse, seine Riesengebäude, so ergibt sich zumindest die Summe von einer Million Pfund, wobei die Wirtschaften und der Boden, den er besitzt, nicht eingerechnet ist. Die deutsche Sozialdemokratie, die an die 10 Millionen Anhänger zählte, besaß ein Vermögen von eineinhalb Millionen Pfund, die „Histadruth", die nur 30.000 Mitglieder hat, besitzt ein viel größeres Vermögen. Das alles rührt aus Volksalmosen her, aus Groschen, die aus armen jüdischen Taschen stammen. Ist es da noch verwunderlich, wenn sie im Jischuws die Aufgabe des „Bourgeois" erfüllt, der den armen Juden der Mittelklasse mit Füssen tritt, oder den armen Arbeiter, der nicht Teil hat an den sozialistischen Institutionen? Ist es ein Wunder, wenn sie, die Beamten, mit solcher Hartnäckigkeit und Willensanstrengung ihre Diktatur verteidigen?

Schlußartikel folgt

Mitteilung des Landes-Verbandes der Zionisten-Revisionisten

Der traditionelle Gang zum Grabe unseres unvergeßlichen Führers Dr. Theodor Herzl findet für dieses Jahr am Sonntag, den 15. Oktober statt. Die Polizei hat diesen Grabgang nur unter sehr einschränkenden Bedingungen gestattet, sodaß man wohl nur von einem «Grabbesuch» sprechen kann. Aus Gründen der Sicherheit ist nämlich der geschlossene Aufmarsch zum und vom Grabe, das Tragen von Fahnen sowie Abzeichen jeder Art verboten. Es ist selbstverständlich, daß sich unsere Mitglieder bedingungslos diesen Anordnungen zu fügen haben.

Aus den oberwähnten Gründen ist für den Grabbesuch keine einheitliche Zeit fixiert. Die Leitung des österreichischen Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten wird um viertel 12 Uhr am Grab vorbeidefilieren. Wir erwarten, daß sich unsere Gesinnungsfreunde um diese Zeit beim Döblinger Friedhof einfinden werden, um gemeinsam mit der Leitung das Grab unseres Führers aufzusuchen.

Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs.

Misrachi in Opposition

(Gespräch mit Meir Berlin).

Zu den vielen anderen negativen Merkmalen, die den Ausgang des XVIII. Zionistenkongresses charakterisieren, ist auch die Tatsache zu zählen, daß die Organisation der religiösen Zionisten, des Misrachi, aus der Exekutivbildung ausgeschlossen wurde. Der Misrachi, der besonders in letzter Zeit sich in den politischen Fragen des Zionismus zu einer konsequenten nationalen Einstellung durchringt, spielt somit im Bereich der zionistischen Opposition eine nicht unwesentliche Rolle. Die jüngsten Beschlüsse des Misrachi in Polen, also im Lande der jüdisch-orthodoxen Massensiedlung, lassen einen unbeugsamen Willen erkennen, sich der Diktatur des sozialistischen Elements im Zionismus entgegenzustellen. Wir haben nun Gelegenheit genommen, den zu kurzem Aufenthalt in Wien weilenden Führer des Misrachi, Rabbi Meir Berlin, über seine Ansichten zur gegenwärtigen Situation und über die misrachistischen Pläne für die Zukunft zu befragen.

Rabbi Meir Berlin stellte zunächst fest, daß der Misrachi zur neuen zionistischen Exekutive aus zweifachen Grund kein Vertrauen haben könne: weil sie das Produkt einer zahlenmäßig sehr unbedeutenden Majoritätsbildung ist und weil ihre personelle Zusammensetzung, besonders in ihrem für Palästina bestimmten Teil, als mißglückt zu betrachten ist. Die heutige Lage des Zionismus hätte eine alle großen zionistischen Parteien umfassende Koalition erfordert, und das ist bewußt unmöglich gemacht worden. Aus diesen Umständen ergibt sich die misrachistische Opposition, was auch die radikalen Beschlüsse des polnischen Teils des Misrachi verständlich macht, wenn diese auch die Haltung des Weltmisrachi nicht präjudizieren können. Die misrachistische Exekutive hat nämlich noch nicht Gelegenheit gehabt, in einer Plenarsitzung endgiltige Beschlüsse zu fassen. Nach den Feiertagen wird dies geschehen.

Was die von der misrachistischen Weltkonferenz in Krakau initiierte Idee eines jüdischen religiösen Weltkongresses im Hinblick auf eine gemeinsame Arbeit für Palästina betrifft, so sind bereits Verhandlungen im Gange, und zwar mit allen in Betracht kommenden jüdisch-orthodoxen Organisationen, wie Rabbiner- und Synagogenverbänden, Agudah usw. Dieser Kongreß ist als eine Einigung des religiösen Weltjudentums gedacht, wobei natürlich der Misrachi als selbständige integral-zionistische Organisation bestehen bleiben wird, denn es ist ja das Wesen des Misrachi, daß er weltanschaulich für sich selbst bestehen kann und organisatorisch nicht gebunden ist. Dieser letztere Umstand beantwortet auch, meint Rabbi Berlin, die da und dort aufgetauchte Frage nach dem Austritt des Misrachi aus der Zionistischen Organisation, wenn diese Frage auch bei der Majorität des Misrachi zunächst noch nicht aktuell sein mag. Der Misrachi würde es durchaus begrüssen, wenn man eine gemeinsame Konferenz aller zionistischen Oppositionsparteien vorschlüge und würde an einer solchen Konferenz teilnehmen. Ist ja die Stellung des Misrachi zum Zionismus-Revisionismus nach wie vor die, daß er in der revisionistischen Idee die zionistische Idee sieht, wenn auch nicht alle Misrachisten die revisionistische Taktik in ihrem Verhältnis zur Zionistischen Organisation billigen können.

In der Frage des Arlosoroff-Mordes betont Rabbi Berlin, daß er von Anfang an die Behauptung, der Mord könne unter revisionistischer Aspiration geschehen sein, mit Entrüstung zurückgewiesen habe. Es ist ein Unglück und ein Verbrechen, daß der Zionistennkongreß eine Untersuchungskommission eingesetzt hat, die nicht überparteilichen Charakter trägt. Es wäre auch ganz und gar unzuläßig, einer Partei die Verantwortung für einen politischen Mord aufzubürden, wenn es auch bewiesen wäre, daß dieser oder jener Jude ihn begangen habe. Die im Lande erregte Haßstimmung berechtigt die Linken nicht, sich als Richter aufzuspielen.

Jiddische Enzyklopädie

Die Vorarbeiten für die Herausgabe der großen Enzyklopädie des allgemeinen und des jüdischen Wissens in jiddischer Sprache mit Hilfe des anläßlich des 70. Geburtstages Professor Simon Dubnows in Berlin gegründeten Dubnow-Fonds stehen vor dem Abschluß. In den Arbeiten war eine Unterbrechung eingetreten, da die Mitglieder der Fondsverwaltung und der Redaktionsstab ihren bisherigen Sitz, Berlin, verlassen mußten. Nach Uebersiedlung des Komitees und der Redaktion nach Paris wurde ein neuer Finanzplan aufgestellt, dem Fonds flossen namhafte finanzielle Unterstützungen zu, sodaß das Erscheinen des ersten Bandes der Enzyklopädie für März 1934 festgesetzt werden konnte. Die nächsten Bände sollen in entsprechenden Abständen regelmäßig folgen. Die wissenschaftliche Vorbereitung des Gesamtwerkes ist ziemlich weit gediehen, die Redaktionen der einzelnen Abteilungen arbeiten intensiv an der Sichtung und Ordnung des Materials.

Die isolierte Zionistische Exekutive

Ganz kurze Zeit ist seit der Tagung des XVIII. Zionistenkongresses vergangen und schon hat sie Folgeerscheinungen gezeitigt, die von weittragender Bedeutung sind. Drohende Gewitterwolken ballen sich zusammen, das politische Barometer im Zionismus zeigt auf Sturm. Das Verhalten der Linken auf dem Kongreß hat die Zionistische Organisation in eine Situation gebracht, wie sie seit ihrem Bestehen noch nicht da war. Es mehren sich die Zeichen, daß das in den letzten Jahren auf sehr schwachen Füssen stehende Gerüst der Zionistischen Organisation, den Stürmen, die es schon gab und die noch drohen, nicht mehr wird standhalten können. Das Bemerkenswerte ist, daß dies aus der Haltung jener Kreise ersichtlich ist, von denen man es noch vor ganz kurzer Zeit am allerwenigsten erwartet hätte.

Aus dem Lager des Misrachi kommt die Nachricht, daß man dort den Austritt aus der Zionistischen Organisation ganz ernst in Erwägung zieht. Die in Wien erscheinende Zeitung „Misrachi" spricht das ganz unverblümt aus.

Schon auf dem Kongreß selbst hat der führende Misrachist Rabbi Brodt mit dem Austritte des Misrachi gedroht, als er sagte: „Wir stehen jetzt vor der Entscheidung, ob eine Kooperation mit dem Zionismus in seiner heutigen Form für das religiöse Judentum weiter möglich ist, oder ob wir andere Wege suchen müssen. Dreissig Jahre Arbeit haben wir in dieses Gebäude hineingelegt, und es tut uns im Herzen weh, von dieser Institution scheiden zu müssen."

Das Zentralkomitee der misrachistischen Organisation Polens hat dieser Grundhaltung des Misrachi bereits aktuellen politischen Ausdruck verliehen, indem es ankündigte keine Vertreter mehr in die verwaltenden Körperschaften des Keren Hajessod und des Nationalfonds entsenden zu wollen.

Zeigt schon dies die bedrohliche Situation, in der sich die Zionistische Organisation befindet, so bringt eine zweite Nachricht ein vielleicht noch kritischeres Anzeichen. Die wichtigste Wirtschaftsorganisation Palästinas hat jede Zusammenarbeit mit der neu gewählten Exekutive der Zionistischen Organisation und der Jevish Agency abgelehnt. Der Vorsitzende dieser Organisation, der bekannte Wirtschaftsführer Smilansky hat allen Mitgliedern seiner Organisation die Weisung zukommen lassen, der Exekutive kein Material über den Bedarf an Arbeitern, das die Exekutive für die Berechnung der Zertifikatenanzahl, die von der Regierung angefordert werden soll braucht, zur Verfügung zu stellen. Diese Weisung bedeutet nichts anderes als den Boykott der Zionistischen Exekutive. Es ist das schwerwiegende Charakteristikum für die heutige Situation, daß sich die palästinensische Wirklichkeit so gegen die Leitung der Zionistischen Organisation stellen, sich aus ihrer Machtsphäre entfernen, sie isolieren muß.

Man beurteilt nämlich in eingeweihten Kreisen Palästinas dieses Zirkular des Kolonistenverbandes als ersten Schritt zu einer selbständigen Politik in der Immigrationsfrage in dem Sinne, daß der Kolonistenverband künftighin Zertifikate direkt von der Regierung verlangen werde.

Das von der neuen Zionistischen Exekutive erlassene programmatische Manifest hat diese nun vorherrschende Tendenz noch verstärkt. Charakteristisch hiefür ist die Stellungnahme der Allgemeinen Zionisten Palästinas, deren Blatt „Hazioni haklali" das Manifest einer scharfen Kritik unterzieht. Das Blatt kennzeichnet die erste Enunziation der neuen Zionistischen Exekutive als ein Manifest der palästinensischen Arbeiterpartei und wendet sich insbesondere gegen jene Stellen, die die Einwanderungsfragen betreffen. „Zioni haklali" schreibt: „Wir Allgemeine Zionisten haben viele Jahre lang gemeinsam mit anderen zionistischen Gruppen für den Grundsatz gekämpft, daß alle Teile des jüdischen Volkes ohne Unterschied der Klasse das Genußrecht der Nationalfonds-Böden und der nationalen Fonde überhaupt haben. Es ist uns auch gelungen, diesem Grundsatz zur Anerkennung zu verhelfen. Die neue Zionistische Exekutive aber, die in die Hände der sozialistischen Arbeiterpartei geraten ist, hat uns um die jüdische Gleichberechtigung gebracht, indem sie ankündigt, ausschließlich „Arbeiter" und „Mittellose" kolonisieren zu wollen."

Das Blatt wundert sich am Schluß, wie die Exekutive angesichts einer solchen Haltung an alle Zionisten um Mitarbeit appellieren könne.

Juden in Ungarn 600 Jahre vor der Landnahme durch die Magyaren

Bei Erdaushebungen im Garten des Fürstprimas in Gran wurde ein jüdischer Grabstein aus dem dritten Jahrhundert nach Chr. gefunden. Fachgelehrte stellten fest, daß sich an der betreffenden Stelle des Gartens eine Beerdigungsstätte für jene Juden befand, die mit den Römern nach Pannonien, dem heutigen Ungarn, gekommen waren. Es waren dies Nachkommen jener Juden, die Titus nach der Zerstörung Jerusalems als Gefangene nach Rom brachte und die sich später auf die verschiedenen Kolonien des römischen Reiches verteilten. Wie die Ausgrabungen in Gran zeigen, gab es bereits 600 Jahre vor der Landnahme Ungarns durch die Magyaren in diesem Gebiete jüdische Niederlassungen.

Das neue Exekutivmitglied stellt sich vor

Herr Jizchak Grünbaum ist seit dem letzten Zionistenkongreß Mitglied der Zionistischen Exekutive, die ausgerechnet ihm das Einwanderungsressort übergeben hat. Die Wiener Zionisten kannten Herrn Grünbaum aus mehreren Reden in Wien als einen mit übler Demagogie operierenden Revisionistenfresser. Vor einigen Tagen hätten sie nun Gelegenheit gehabt, ihn sozusagen als Einwanderungsminister kennen zu lernen. Schade, daß sie diese Gelegenheit vorübergehen liessen. Der „Bayerische Hof", wo Herr Grünbaum sprach, zeichnete sich nämlich durch imposante Leere aus. Erst nach dreiviertelstündiger Verspätung konnte der Vorsitzende der „radikalen" Zionisten Wiens die Versammlung eröffnen und unter den Abwesenden auch den Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation Nahum Sokolow begrüssen, der krankheitshalber gegenwärtig in Wien weilt.

Grünbaum bot zunächst in seiner peripathetischen Weise eine kurze ethymologische Erklärung des Wortes „Alija." Dann gelang es ihm, mit vielen Worten garnichts über die Einwanderung nach Erez Jisrael zu sagen. Er betonte die Schwierigkeiten, die er in äußerliche und innerliche teilte. Zu den ersteren zählte er die mangelhafte Zuteilung von Zertifikaten und die zu tief gegriffene Altersgrenze von 35 Jahren. Zu den letzteren die zu hoch angesetzte Forderung von 250 Pfund.

Wer von den wenigen Zuhörern den Kampf gegen Schlaf und Langeweile siegreich bestanden hatte, der konnte noch erfahren, daß heuer 25.000 Zertifikate, eine Erhöhung der Altersgrenze auf 45 Jahre und eine Herabsetzung des Barvermögens für Handwerker auf zehn Pfund von der Mandatarmacht verlangt werden, wobei es Grünbaum aber nicht unterließ, tröstend hinzuzufügen, daß er nicht glaube, man könne dies wirklich durchsetzen.

Für den „kämpferischen" neuen Mann der neuen Zionistischen Exekutive ein ausreichendes Bekenntnis zionistischen Kampfwillens. Wie gesagt, schade, daß die Wiener Zionisten die Gelegenheit vorübergehen liessen, solche Qualifikation eines an der verantwortungsvollen Stelle des Einwanderungsdepartements stehenden Exekutivmitgliedes kennen zu lernen. Sie sind allerdings dadurch zu entschuldigen, daß sie den Misrachistenführer Meir Berlin, der am selben Abend im Hotel Continental sprach — vor einem Massenpublikum eben — hören wollten.

Aus der Revisionistischen Bewegung

Das Exekutivkomitee der Weltunion der Zionisten-Revisionisten richtet an die revisionistischen Landesorganisationen ein Rundschreiben in dem es u. a. heißt:

Während der Kongreßzeit tagte in Prag eine Konferenz aller revisionistischen Kongreßdelegierten unter Beteiligung von mehreren Gesinnungsgenossen aus verschiedenen Ländern, die beratende Stimme hatten. Der Tradition ähnlicher Konferenzen gemäß, befaßte sich die Konferenz nicht bloß mit Fragen der eigentlichen Kongreßtaktik, sondern auch mit einer Reihe wichtiger inner-revisionistischer Fragen, und hat diesbezügliche Beschlüsse gefaßt.

Mitgliedschaft

Mitglied der Union der Zionisten-Revisionisten kann jeder Jude sein, der über 18 Jahre alt ist, das Programm der Union anerkennt, sich der Disziplin der Union unterwirft und den Dinar entrichtet.

Jede Weigerung einer der drei obenerwähnten Bedingungen nachzukommen, führt automatisch zum Verlassen der Union.

Der Dinar soll in allen Ländern dem Preise des Schekels angepaßt werden und das Wahlrecht zur Weltkonferenz gewähren.

Die Dinarkampagne soll möglichst einheitlich in allen Landesorganisationen der Union durchgeführt werden.

Weltkonferenz

Die 6. Weltkonferenz der Union ist für den Sommer 1934 einzuberufen. Das Exekutiv-Komitee wird beauftragt, das Wahlreglement auszuarbeiten und für alle Länder bindend zu verlautbaren. Dabei hat das Exekutiv-Komitee folgende Grundlinien zu beachten:

Das passive Wahlrecht zu den Weltkonferenzen der Union gehört ausschließlich den Mitgliedern der Union.

Dasselbe bezieht sich gleichfalls auf das aktive Wahlrecht; dem Exekutiv-Komitee wird aber das Recht erteilt, ein Plebeszit über eine eventuelle Erweiterung des Wählerkreises zu veranstalten, wobei insbesondere die Unterzeichner der Petition in Betracht kommen könnten.

Am Plebiszit dürfen alle Personen, die sich als Mitglieder der Union durch Vorzeigung des Dinars oder eines andern genügenden Dokumentes legitimieren können, teilnehmen.

Revisionistische Körperschaften

Als revisionistische Körperschaften werden folgende Organisationen anerkannt: Berit Trumpeldor, Irgun Owdei Hazohar w'Betar, Plugoth Awodah, Massada, Berit ha Hayal, Berit Jeschurun, Weltverband Revisionistischer Frauen (Weref).

Die Entstehung neuer revisionistischer Formationen wird ausschließlich mit vorhergehender Genehmigung des Exekutiv-Komitees zugelassen; sollte das Exekutiv-Komitee seine Zustimmung verweigern, können die Initiatoren an den Parteirat oder an die Weltkonferenz appelieren.

Die Union und andere politische Körperschaften

Die Beteiligung der Mitglieder der Union an anderen politischen Körperschaften unterliegt der Kontrolle und dem Veto des Exekutiv-Komitees. Dasselbe bezieht sich auch auf die Beteiligung an den Territorialverbänden der zionistischen Organisation.

Das Erscheinen der Mitglieder der Union, persönlich oder durch Rechtsvertreter, auf die Einladung von nichtrevisionistischen Gerichts- oder Untersuchungsinstanzen darf in jedem Einzelfalle ausschließlich mit Erlaubnis des Exekutiv-Komitees der Union erfolgen.

Den Mitgliedern des E. K. ist das Erscheinen vor solchen Instanzen unter allen Umständen nicht erlaubt.

Die Mandate der revisionistischen Mitglieder oder Ersatzmitglieder des A. C. der zionistischen Organisation stehen dem Exekutiv-Komitee der Union vollständig zur Verfügung.

Exekutiv-Komitee

In Erläuterung der Konstitution der Union werden folgende Grundsätze als wesentlicher Teil der Konstitution festgestellt:

Der Sitz des Exekutiv-Komitees soll jeweils mit dem Sitz des Präsidenten der Union identisch sein.

Mit der Demission des Präsidenten der Union ist die Demission des gesamten Exekutiv-Komitees automatisch verbunden. Die laufenden Geschäfte der Union führt der Präsident, bis Neuwahlen erfolgen, weiter.

Im Verlauf von zwei Monaten muß der Parteirat (soferne in dieser Zeit keine ordentliche Weltkonferenz stattfindet) einberufen werden, um die Neuwahl vorzunehmen.

Für den Fall, daß zwei Drittel der Mitglieder des

Exekutiv-Komitees ihr Amt zurücklegen, ist der Präsident verpflichtet, den Parteirat zwecks Durchführung von Ergänzungswahlen einzuberufen.

Parteirat

Die Zahl der Mitglieder des Parteirates wird mit etwa 30—35 festgesetzt. Die Zahl der Mitglieder, welche auf jedes einzelne Land entfallen, richtet sich bis zum Abschluß der Dinarkampagne nach dem Verhältnis der bei den Kongreßwahlen aufgebrachten Stimmen. Die Art wie die Mitglieder des Parteirates in einzelnen Ländern gewählt werden, wird durch die kompetenten Organe der Landesorganisation bestimmt.

Der Parteirat versammelt sich wenigstens zweimal jährlich und hat alle Rechte einer Weltkonferenz; diejenigen seiner Beschlüsse, die die Statuten oder Traditionen ändern, sind aber bloß bis zur nächsten Weltkonferenz giltig.

Die Konferenz wählt zum Präsidenten des Parteirates den Ing. S. Jakobi, London.

Palästina und politisches Büro

Im Sinne des Beschlusses der 5. Weltkonferenz der Union wird in Anbetracht der augenblicklich in Palästina geschaffenen Situation, Dr. Abraham Weinshal als Murshe (Bevollmächtigter) des Exekutiv-Komitees für Palästina bestimmt.

Dr. A. Weinshal hat das Recht mit Bestätigung des E.-K., zwei in Palästina wohnende Gesinnungsgenossen als seine Assistenten zu bestimmen.

Diese drei Herren werden beauftragt, unter Kontrolle des E.-K. die laufenden Geschäfte der Union in Palästina bis zu jener Zeit zu führen, wo die Einberufung einer ordentlichen Landeskonferenz und die Schaffung eines dem Sinne des Beschlusses der 5. Weltkonferenz entsprechenden Merkaz resp. Politischen Büros möglich sein werden.

Das Exekutiv-Komitee wird beauftragt, in London ein politisches Büro zu errichten.

Exekutiv-Komitee

Das Exekutiv-Komitee der Union wird in folgender Zusammensetzung und unter dem Vorsitz des Präsidenten der Union V. Jabotinsky gewählt: M. Berchin (Paris), Dr. J. Hoffmann (Riga), A. Kopeliowicz (Paris), Dr. J. Schechtmann (Warschau), Dr. J. Segal (Paris), Dr. Z. Tiomkin (Paris).

Nachrichten aus Jugoslavien

Unsere Freunde in Jugoslavien überweisen uns die deutsche Uebersetzung eines Zirkularaufrufes, dem wir um so lieber Raum gewähren, als es uns ein Beweis dafür ist, daß die revisionistische Idee immer weitere Verbreitung findet.

An unsere Gesinnungsgenossen in Jugoslavien!

Der XVIII. Zionistenkongreß ist zu Ende. Die Erwartungen, die in ihn gesetzt wurden, sind nicht erfüllt worden. Noch nie seit Bestehen des politischen Zionismus war die Gelegenheit so günstig, wie diesmal. Alle, die dieses Forum für berufen hielten, Antwort auf die uns so sehr bewegenden Fragen zu geben, die dies erhofft und ersehnt haben, sind enttäuscht.

Aber nicht nur die jüdischen Massen, auch die anderen Völker schütteln den Kopf. Der letzte Zionistenkongreß hat versagt.

Es ist zu der geschlossenen Front, die diesmal notwendiger gewesen wäre denn je, nicht gekommen. Denn man wollte sie nicht. Die herrschende Partei hat alles getan, um sie systematisch zu verhindern. Schon zu Beginn des Kongresses wurden drei kostbare Tage vertrödelt, weil die Linke nicht zulassen wollte, daß einer Gruppe, hinter der hunderttausend Wähler standen, einen einzigen unter neun Vertreter ins Präsidium sendet. Weitere fünf Tage gingen verloren, weil sich die Herren von der Liste «Arbeitendes Palästina» Nachrichten aus Erez Israel telegraphieren ließen, wonach der Zusammenhang zwischen den Mördern Arlosoroffs und den Revisionisten erwiesen sei, Nachrichten, die abgesehen davon, daß sie unwahr sind, den Zweck verfolgten, Haßstimmung zu schaffen. Diese Linke, die immer tönende Phrasen von Demokratie im Munde führt, hat sich bei uns nicht besser benommen als überall in der ganzen Welt. Kaum an die Macht gelangt, verleugnet sie alles, was sie versprochen hatte, um brutal ihre Stimmenmehrheit im antinazionalen Sinne auszunützen. Diese Gruppe, die sich die Bezeichnung «Arbeitendes Palästina» arrogiert, (als ob die Wähler der anderen Gruppen nicht arbeitende Menschen wären, sondern Luftmenschen) hat mit Konsequenz jene Arbeit auf dem Kongreß verhindert. Von der ersten Sitzung an, wo sie statt mit blauweißen Kongreßabzeichen mit roten Nelken im Knopfloch erschien — eine bisher auf Zionistenkongressen noch nie gesehene Erscheinung — bis zur Abgabe der Erklärung ihres Führers Ben Gurion, daß sie nicht 99% Sozialisten und 1% Zionisten, sondern 100%ige Sozialisten seien, waren alle ihre Handlungen, Vorschläge und Entschließungen von einem Geiste getragen, der zum Ziele die Vergrößerung der zweiten Internationale hatte, nicht aber die Vergrößerung der zionistischen Bewegung.

Alle diese herben Enttäuschungen aber, die des Zionistenkongresses allen alten, treuen Mitgliedern der Bewegung gebracht hat, müssen Anreiz dafür bieten, daß sich solches nie wieder abspielt. Dazu ist es notwendig daß die Zionisten der ganzen Welt heute schon beginnen, eine Organisation zu schaffen, die innerhalb der zionistischen Organisation dafür kämpft, frei von allem Klassenhaß dem wahren zionistischen Gedanken, mit seinem Ziel, dem Judenstaat, zum Durchbruch zu verhelfen!

In vielen anderen Ländern besteht eine solche Gruppe schon, und der Zulauf zu ihr ist ungeheuer. Zum XVII. Zionistenkongreß wurden für Jabotinsky 55.000 Stimmen abgegeben, zum XVIII. Kongreß waren es 97.000. Dazu kommt, daß die Jugendlichen, die zu diesem Kongreß noch nicht stimmberechtigt waren, zum nächsten Kongreß mindestens weitere 50.000 Stimmen bringen werden.

Bei uns in Jugoslavien müssen wir eine solche Organisation erst schaffen. Dies ist notwendig, wenn man sich darüber Rechenschaft abgibt, daß zwei der vier Delegierten Jugoslaviens auf der Liste der Linken gewählt wurden, während die zwei anderen «Progressive» sind, deren «Progressivität» darin besteht, auf alles, was die Linke vorschreibt, «Ja» und «Amen» zu sagen.

Wir haben die Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen. Unsere Vertreter haben sich während des Zionistenkongresses persönlich mit Jabotinsky und anderen Führern ins Einvernehmen gesetzt, und das Zentralbüro der Zionistisch-Revisionistischen Weltunion hat uns inzwischen seine Disposition zwecks Schaffung einer revisionistischen Fraktion innerhalb des Verbandes der Jugoslavischen Zionisten übermittelt.

Die Hoffnung jeder politischen Bewegung ist die Jugend. Diese unsere Jugend für unseren Gedanken, den Judenstaat, zu begeistern, wird unser vornehmstes Ziel sein.

Wir laden alle unsere Gesinnungsgenossen, die unsere Meinung teilen, zu einer Konferenz zwecks Gründung der Zionistisch-Revisionistischen Fraktion innerhalb des Verbandes der Jugoslavischen Zionisten, für den 5. November 1933, 11 Uhr vormittag, nach Osijek ein. Wir bitten uns möglichst umgehend die Namen und die genauen Adressen aller Gesinnungsgenossen bekanntgeben zu wollen, die an dieser Konferenz teilzunehmen gedenken und uns auch in anderen Orten geeignete Vertrauensmänner für unsere Gruppe zu nominieren, damit wir die Möglichkeit haben, uns mit diesen in Verbindung zu setzen. Ebenso bitten wir, für Verbreitung der Zeitung «Der Judenstaat» Sorge zu tragen, weil diese Zeitung, abgesehen von den Ideen, die sie vermittelt, bis auf weiteres die Publikationen der Jugoslavischen revisionistischen Fraktion veröffentlichen wird.

Die Tagesordnung der Konferenz wird allen Gesinnungsgenossen, die uns ihre Adressen bekanntgeben, rechtzeitig zugesandt werden, ebenso werden alle Anfragen betreffend die Konferenz, Informationen, Propagandamaterial, Programm, usw. umgehend erledigt.

Zuschriften erbeten unter Adresse: Rudolf Heller, Osijek, Aleksandrova 6. — Postfach Osijek Nr. 35. — Telefon 521.

Für das vorbereitende Komitee:
Dr. Vilim Schmuckler m. p.
Dr. Heinrich Stein m. p.
Marko Spitzer m. p.

Jüdischer Sport

Sport in Erez Israel

Unser b. k.-Berichterstatter hatte Gelegenheit mit einem Führer des palästinensischen Sportlebens zu sprechen, der sich über den jüdischen Sport im Lande folgendermaßen äußerte:

Proportional zum ständigen Wachstum Erez-Israels, entwickelt sich der jüdische Sport, der insbesondere nach den gelungenen Veranstaltungen der I. Makkabiah 1932 einen ungeahnten Aufschwung nimmt. Interessanterweise zeigt es sich, daß nicht nur für Fußball, sondern vor allem für die Disziplinen des Massensports, wie Leichtathletik, Schwimmen, Boxen usw., besonderes Interesse besteht. Leider fehlt hier allerdings die Vorbedingung für die gesunde Entwicklung einer solchen Bewegung: die Förderung durch die Regierung. Sie, die seit 15 Jahren das Mandat verwaltet, hat noch nicht einen Sportplatz, eine Turnhalle, oder Schwimmbad gebaut, obwohl das bedeutend wichtiger wäre als ein paar Gefängniszellen oder ähnliche Bauten. Wenn man das bisher Erzielte unter diesen Umständen betrachtet, so kann man den eisernen Willen unserer palästinensischen Brüder ermessen und der Zukunft auch in sportlicher Hinsicht ruhig ins Antlitz sehen.

Vor einigen Wochen fand in Tel-Aviv ein großes Treffen der Mittelschuljugend statt, an welchem fast 3000 Mittelschüler an den verschiedenen Turn- und Sportkämpfen teilnahmen und auch für europäische Begriffe gute Leistungen erzielten. Man hofft bereits im nächsten Jahr einen organisierten Mittelschülersport in allen Städten durchführen zu können und so die Basis für eine der Jugend förderliche Entwicklung zu schaffen.

In Tel-Aviv fand jüngst auch ein großes internationales Boxmeeting statt, an welchem der ehemalige österreichische Meister Laub (Makkabi IX), (der später Professional, in Erez Israel jedoch wieder Amateur wurde und dort beim Bau beschäftigt ist), gegen Finn (Makkabi Haifa) antrat und nach Punkten geschlagen wurde. Noch sechs andere Paare aller Gewichtsklassen nahmen an dieser, von mehreren tausend Menschen besuchten Veranstaltung im Bet Haam teil. Sie alle werden auf Grund ihrer dort gebotenen Leistungen nach England und Frankreich eingeladen.

Das olympische Komitee ist bereits gegründet. Dessen Vorsitzender ist Colonel Kish. Dieses und das olympische Frauenkomitee trifft die Vorbereitungen für die Frauenolympiade in London.

Seit der ersten Makkabiah setzt auch ein starker Einwanderungsstrom von Sportlern nach Palästina ein, die sich überall mit Fleiß und Ausdauer in ihr neues Tätigkeitsgebiet eingliedern. Es ist dabei erfreulich zu konstatieren, daß fast überall dort, wo einige Sportler sich ansiedeln, immer neue Sportkameraden aus der alten Heimat, nachkommen. So haben die Amerikaner in der Kolonie Rannah eine Baseball, die Berliner und Hamburger eine Hockey und die Wiener eine fast komplette Wasserballmannschaft zusammengebracht. So wird in fast allen Städten vor allem natürlich in Tel-Aviv, Haifa und Jerusalem ein großes sportliches Programm von den Makkabivereinen durchgeführt. Nur hie und da wird die Tätigkeit des Hapoel in unangenehmer Weise bemerkt. So bei der letzten Makkabiah, als seine Mitglieder diese Veranstaltung zu stören versuchten, dafür aber eine große Expedition auf Gewerkschaftskosten zum Arbeitersportfest der II. Internationale nach Wien schickten.

Von Interesse ist, daß eine Einladung des Vizekönigs von Indien an den Makkabikreis Erez-Israel, an den Western-Asiatic-Games teilzunehmen, deren Veranstalter eine nicht minder romantische Persönlichkeit als der Maharadscha Adhirayof Patialā ist.

An der Veranstaltung sollen eine Anzahl von asiatischen Staaten, wie Siam, Afghanistan, Aden, Persien, Palästina, Irak, Hejaz, Burma, Straits-Settlements und Mesopotamien teilnehmen, die im Feber 1934 in New-Delhi (British-Indien) stattfinden und Athletik, Hockey, Tennis und Schwimmen umfassen wird.

Diese Einladung bedeutet einen neuerlichen Ansporn zu erhöhter Tätigkeit und wird die Zwischenzeit bis zur Vorbereitung zur II. Makkabiah im Jahre 1935, die neuerdings eine machtvolle Kundgebung werden soll, ausfüllen.

Daniel Prenn Tennismeister von Paris

Bei den internationalen Meisterschaften von Paris im Rolland-Garros-Stadion siegte in der Vorschlußrunde im Herren-Einzel am Samstag der frühere deutsche Tennismeister Daniel Prenn gegen Maier und bei Beendigung der Meisterschaften am Sonntag im Finale des Herren-Einzel nach erbittertem Kampf gegen Boussus. Prenn errang damit die Meisterschaft von Paris.— Daniel Prenn ist ein aus Polen stammender Jude und Förderer des jüdischen nationalen Sports.

Neuer Verkehrsweg nach Transjordanien

Die Palästina-Regierung hat beschlossen, 3.000 Pf. zum Bau einer Chaussee zwischen Nablus und Es-Salt zur Verfügung zu stellen. Die Chaussee wird über eine neu zu bauende Brücke über den Jordan führen. Man erwartet hiervon eine Verstärkung der Handelsbeziehungen zwischen Nablus und Transjordanien. In den Kreisen der Seifenproduzenten von Nablus hofft man dadurch auf die Erschließung einer neuen Exportmöglichkeit.

Nummer 2 der Betarbeilage erscheint nächste Woche

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21 Telephon Nr. A-16-1-14